

**Protokoll über die 72. Sitzung des Kreisausschusses
am 10. Oktober 2022**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:35 Uhr

Anwesende: Landrat, Herr Zanker
Klaus Zunke-Anhalt, CDU-Fraktion
Annette Lehmann, CDU-Fraktion
Jürgen Gött, SPD-Fraktion, i. V. für Herrn Henning
Karl-Josef Montag, Fraktion FW-UH
Jörg Kubitzki, Fraktion DIE LINKE

entschuldigt: Iven Görbig, AfD-Fraktion

Verwaltung: Cindy Engelhardt-Schütze, FBL 1

Schriftführung: Andrea Junker, Kreistagsbüro

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Vorbereitung der Kreistagssitzung am 07. November 2022
- 5 Öffentliche Ausschreibung Nr. 108-2022-UHK-StrV: Ersatzneubau Durchlass "Appental" im Zuge der Kreisstraße (K) 504
- 6 Freihändige Vergabe Nr. 109-2022-UHK-IT: Staatliche Grundschule Katharinenberg - Elektroinstallation und Umsetzung Digitalpakt
- 7 Sonstiges

Zum TOP 01 – Eröffnung und Begrüßung

Der Landrat eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Kreisausschussmitglieder.

Zum TOP 02 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellte mit sechs anwesenden Kreisausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zum TOP 03 – Bestätigung der Tagesordnung

Es gab keine Wortmeldungen. Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmten einstimmig mit 6 Ja-Stimmen der Tagesordnung zu.

Zum TOP 04 - Vorbereitung der Kreistagssitzung am 07. November 2022

Der Landrat verwies auf die vorliegende vorgesehene Tagesordnung der Kreistagssitzung und gab folgende Erläuterungen:

Zum TOP 6 – Erstinformation über das Umsetzungscontrolling – werde die Verwaltung beantragen, Herrn Seitz, Rödel & Partner, Rederecht zu erteilen.

Bei TOP 11 – Einführung der digitalen Gremienarbeit – gehe es darum, einen Grundsatzbeschluss zur Einführung und Beauftragung des Landrates zu fassen, alles Notwendige vorzubereiten und die Haushaltsmittel einzustellen.

Anträge von Fraktionen zur Aufnahme in die Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Herr Montag gab bekannt, dass er die Einbringung des Haushaltes 2023 vermisste. Hierzu gebe es einen klaren Beschluss des Kreistages, den Haushalt am 10. Oktober 2022 einzubringen. Er könne sich vorstellen, dass die Haushaltsplanaufstellung aktuell sehr schwierig sei, trotzdem könne man Planzahlen erlassen. Warum werde der Kreistagsbeschluss nicht umgesetzt?

Der Landrat antwortete, dass die Verwaltung keine Planzahlen darstellen könne. Hierzu befinde man sich in laufender Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt. Neben der Haushaltsplanaufstellung gebe es auch noch das Problem der Bedarfszuweisung und der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes. Aktuell gebe es zu viele offene Fragen. Ein Haushaltsausgleich sei nicht darstellbar.

In dem Zusammenhang wolle er darauf verweisen, dass die geplante Kreistagssitzung vom 05. Dezember 2022 voraussichtlich auf den 19. Dezember 2022 verschoben werde. Ziel sei es, noch in diesem Jahr den Haushaltsplan einzubringen.

Die Verwaltung kenne den Kreistagsbeschluss, nur leider lasse dieser sich nicht umsetzen.

Herr Kubitzki bezog sich auf die TOP 16 bis 18 – Satzungsänderungen des Abfallwirtschaftsbetriebes. Haben diese Satzungsänderungen mit der Einführung der Biotonne zu tun?

Der Landrat erwiderte, nicht nur. Es müssten verschiedene Anpassungen vorgenommen werden. Auch hier stehe man in enger Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt. Der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes tage hierzu erst noch.

Herr Zunke-Anhalt fragte, ob noch eine Ärztin in das Gesundheitsamt eingestellt werden solle?

Der Landrat bestätigte dies. Es handele sich um eine Ärztin mit Zulassung. Die Einstellung solle in Teilzeit erfolgen und zur Überbrückung dienen, während die beiden anderen Ärzte ihre Weiterbildung zum Amtsarzt absolvieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Die Mitglieder des Kreisausschusses bestätigten mehrheitlich mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme die vorgesehene Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages am 07. November 2022.

Zum TOP 05

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/653/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 108-2022-UHK-StrV: Ersatzneubau Durchlass „Appental“ im Zuge der Kreisstraße (K) 504 – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage. Er müsse hier auf eine Verwechslung hinweisen. In der Tabelle zur Finanzierung (Begründung, Seite 2) stehe „Verpflichtungsermächtigung 2023 – 130.000,00 €“. Das sei nicht korrekt. Hierbei handele es sich um die Mittelanmeldung 2023.

Um die Differenz der Minderausgaben in Höhe von 61 TEUR auszugleichen, sei eine weitere überplanmäßige Ausgabe notwendig. Diese werde aus der Haushaltsstelle 2309.9400 beglichen. Hierbei handele es sich um geplante Brandschutzmaßnahmen Gymnasium Schlotheim Da das Brandschutzkonzept erst jetzt fertiggestellt sei und dadurch auch noch die Baugenehmigung fehle, könne die Maßnahme in diesem Jahr nicht mehr umgesetzt werden.

Damit sei die Finanzierung des Ersatzneubaus Durchlass „Appental“ durch diese überplanmäßige Ausgabe gesichert.

Herr Kubitzki meinte, dass die Straße dann saniert an den Eichsfeldkreis übergeben werde.

Der Landrat erwiderte, dass das eine offene Flanke gemäß des in der letzten Kreistagsitzung gefassten Beschlusses zur Gemeindeneugliederung sei. Man müsse das Gesetz abwarten. Derzeit sei die Verteilung der Kosten noch nicht geklärt. Allerdings gebe es auch gesetzliche Vorgaben, in welchem Zustand Straßen zu übergeben seien.

Herr Gött fragte, ob es weitere Gespräche mit dem Eichsfeldkreis gegeben habe?

Der Landrat gab bekannt, dass es keine Gespräche gegeben habe. Der Eichsfeldkreis vertrete die Auffassung, dass es sich um Angelegenheiten der Kommune handele. Man müsse abwarten, was der Gesetzgeber entscheide.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 108-2022-UHK-StrV: Ersatzneubau Durchlass „Appental“ im Zuge der Kreisstraße (K) 504 gemäß § 3 VOB/A i. V. m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gem. § 19 ThürVgG an den Bieter Spitzenberg Bau, Hoch- und Tiefbau GmbH, Schowbfelder Straße 9, 37308 Schimberg OT Rüstungen mit einer Auftragssumme brutto i. H. v. 310.983,03 € erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/653-72/2022.**

Zum TOP 06

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/654/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Freihändige Vergabe Nr. 109-2022-UHK-IT: Staatliche Grundschule Katharinenberg – Elektroinstallation und Umsetzung Digitalpakt – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Herr Montag verwies auf die Vergabeempfehlung Seite 3, Punkt 4. Finanzierung. In Zeile 4 stehe „72.935,15 € (Fördermittel DigitalPakt)“ unter der Haushaltsstelle 0632.007.9400. Bei dieser Haushaltsstelle handele es sich um eine Ausgabe-Haushaltsstelle. Da Fördermittel eine Einnahme darstellen, könnten sie hier nicht verbucht sein. Er bitte um Mitteilung der Haushaltsstelle, unter der die Fördermittel verbucht seien.

Weiterhin bitte er darum, zukünftig zu vermerken, wenn Fördermitteln genutzt würden, wie der Stand der Bearbeitung ist (beantragt, bewilligt usw.).

- *Antwort zum Protokoll:
Die Einnahmen werden nach Rechnungslegung und Fördermittlabruf in der Haushaltsstelle 0632.3610.07 gebucht.*

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Freihändigen Vergabe Nr. 109-2022-UHK-IT: Staatliche Grundschule Katharinenberg - Elektroinstallation und Umsetzung Digitalpakt gemäß § 3 VOB/A i. V. m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gem. § 19 ThürVgG an den Bieter Elmü Elektro GmbH, Im Flarchen 11, 99974 Mühlhausen mit einer Auftragssumme brutto i. H. v. 191.767,08 € erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/654-72/2022.**

Zum TOP 07 - Sonstiges

Der Landrat informierte, dass die Ausschreibung Konzeptverfahren ehemaliges Schulandheim Waldschlösschen in Mühlhausen im heutigen Amtsblatt veröffentlicht wurde.

Zum Gemeinde-Neugliederungsgesetz gebe es keinen neuen Sachstand. Das Landesverwaltungsamt, das Thüringer Innenministerium und alle Ausschussmitglieder des Innenausschusses wurden vom Kreistagsbeschluss informiert. Hierzu habe es bisher keine Rückmeldungen gegeben.

Herr Kubitzki bezog sich auf die Debatte in der letzten Kreistagssitzung, insbesondere auf die Ausführungen zur Anhörung. Sei der Landkreis zur Anhörung offiziell eingeladen worden?

Der Landrat antwortete, dass man aufgefordert worden sei, eine Stellungnahme abzugeben.

Frau Engelhardt-Schütze ergänzte, der Landkreis wurde aufgefordert, sich im Anhörungsverfahren schriftlich zu äußern. Eine mündliche Anhörung sei nicht vorgeschrieben.

Herr Montag merkte an, dass er Fragen zum Wohngeld habe:

Wie ist zurzeit die durchschnittliche Bearbeitungsdauer für einen neuen Wohngeldantrag?

Da mit Beginn des nächsten Jahres von einem starken Anstieg der Anspruchsberechtigten ausgegangen werden kann: Wie bereitet sich Verwaltung auf diesen Anstieg vor?

Der Landrat erwiderte, dass man bereits das ganze Jahr Probleme habe, eine kurze Bearbeitungszeit einzuhalten. Das hänge sowohl mit dem Krankenstand der Mitarbeiter zusammen als auch damit, dass Mitarbeiter wegen Corona und der Ukraine Krise mit anderen Aufgaben betraut werden müssen.

Man bereite sich auf den Anstieg vor und prüfe hierzu aktuell geeignete Maßnahmen. Da man jedoch noch nicht wisse, wie das Gesetz wirke, wisse man auch noch nicht, was einen genau erwarte.

Er werde die Anfrage als Kreistagsanfrage aufnehmen und dort beantworten.

Frau Lehmann bat darum, auch die aktuelle Rechtsgrundlage in die Antwort aufnehmen und die derzeitigen Einkommensgrenzen darzustellen.

Herr Kubitzki bezog sich auf die Änderungen im Bereich KdU-Kosten, SGB II.

Der Landrat entgegnete, dass hier bereits die Bereiche Soziales und Asyl mit dem Jobcenter in Kontakt stehen. Aber auch hier ist derzeit noch nichts Konkretes bekannt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Damit war die Sitzung des Kreisausschusses beendet.

Junker
Schriftführerin

bestätigt: Zanker
Landrat